Stand: 15.12.2025 19:32:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15030

"Teilzeitfalle bekämpfen - Rückkehr zu Vollzeitbeschäftigung ermöglichen!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/15030 vom 23.01.2017
- 2. Plenarprotokoll Nr. 93 vom 24.01.2017
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/15620 des SO vom 02.02.2017
- 4. Beschluss des Plenums 17/16014 vom 14.03.2017
- 5. Plenarprotokoll Nr. 99 vom 14.03.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

23.01.2017 Drucksache 17/15030

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert, Ruth Waldmann, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Müller und Fraktion (SPD)

Teilzeitfalle bekämpfen – Rückkehr zu Vollzeitbeschäftigung ermöglichen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene konstruktiv daran zu beteiligen, dass eine gesetzliche Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Weiterentwicklung des bestehenden Teilzeitrechts zügig auf den Weg gebracht wird. Grundlage hierfür ist der von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles vorgelegte Gesetzentwurf zum Rückkehrrecht von Teilzeit auf die ursprüngliche Arbeitszeit.

Im Mittelpunkt steht dabei insbesondere die Umsetzung folgender Punkte:

- Von zentraler Notwendigkeit ist die Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf Befristung der Teilzeit, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder zur ursprünglichen Arbeitszeit zurückkehren können.
- Für bereits bestehende Teilzeitarbeitsverhältnisse ist zudem die Darlegungspflicht der Arbeitgeber im Teilzeit- und Befristungsgesetz zu erweitern, bestehende Nachteile für Teilzeitbeschäftigte sind zu beseitigen.
- 3. Darüber hinaus ist klarzustellen, dass jeder Arbeitgeber verpflichtet ist, mit seiner Arbeitnehmerin bzw. seinem Arbeitnehmer den Wunsch nach einer Änderung der Dauer bzw. Lage der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit zu erörtern. Dadurch kann im Einzelfall unnötige Teilzeit vermieden werden, weil beispielsweise eine passendere Lage der bisherigen Arbeitszeit gefunden wird.

Begründung:

Gute Arbeit, vorzugsweise in regulären und unbefristeten Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen, stellt eine

wesentliche Voraussetzung dar, um den Lebensunterhalt zu sichern und auch im Alter ein abgesichertes Leben zu führen.

Gleichwohl gibt es im Leben von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern immer wieder gute Gründe, für einige Zeit weniger zu arbeiten: Dies kann die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Familienangehörigen betreffen, aber auch den Wunsch nach einem zeitweiligen "Kürzertreten", nach der Ausübung eines Ehrenamts oder einer Weiterbildung neben der aktuellen beruflichen Tätigkeit. Ein vorübergehendes Absenken von Arbeitszeit darf jedoch nicht dazu führen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Dauer in der "Teilzeitfalle" gefangen bleiben.

Vor diesem Hintergrund ist die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung getroffene Vereinbarung zur Teilzeit ein wichtiger Schritt, um ein lebensphasenorientiertes Arbeiten zu ermöglichen. Deshalb unterstützt die SPD-Landtagsfraktion den von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles vorgelegten Gesetzentwurf zum Rückkehrrecht von Teilzeit auf die ursprüngliche Arbeitszeit und fordert die Staatsregierung auf, auf Bundesebene auf eine zügige Umsetzung hinzuwirken

Kernpunkt des Gesetzentwurfs ist die Schaffung eines Anspruchs auf Befristung der Teilzeit, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder zur ursprünglichen Arbeitszeit zurückkehren können. Um keine unnötige Bürokratie zu erzeugen, ist vorgesehen, dass der Anspruch auf Teilzeitarbeit mit zeitlicher Begrenzung – genauso wie der bereits bestehende Anspruch auf unbegrenzte Teilzeit – davon abhängig gemacht werden soll, dass der Arbeitgeber mehr als 15 Beschäftigte hat sowie das Arbeitsverhältnis seit mindestens sechs Monaten besteht.

Zudem soll für bereits bestehende Teilzeitarbeitsverhältnisse die Darlegungspflicht der Arbeitgeber im Teilzeit- und Befristungsgesetz erweitert werden. Dies ist erforderlich, weil nach geltendem Recht bei einem Wunsch auf Ausdehnung der Arbeitszeit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darlegen und beweisen müssen, dass es einen entsprechenden freien Arbeitsplatz gibt und dass sie die notwendige Eignung für diesen Arbeitsplatz besitzen. Das hat sich wiederum in der Praxis als schwierig erwiesen und kann von Arbeitgebern relativ einfach unterlaufen werden. Die Erweiterung der Darlegungs- und Beweislast für den Arbeitgeber ist auch deshalb angemessen, weil diese Punkte dem Arbeitgeber besser bekannt sind als jedem anderen im Betrieb.

SES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Damit hätten wir diesen Tagesordnungspunkt erledigt. Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/15030 bis 17/15033 und 17/15035 sowie auf den Drucksachen 17/15062 bis 17/15064 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich darf noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/15026 betreffend "Hochschulentwicklungskonzept für Nürnberg zügig erarbeiten!" bekannt

geben. Mit Ja haben 44, mit Nein haben 81 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 16. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Damit sage ich mit allem Dank an alle, dass wir am Ende der Sitzung sind. Danke schön und noch einen schönen Abend!

(Beifall bei der CSU – Schluss: 21.59 Uhr)

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

02.02.2017 Drucksache $17/15\overline{620}$

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD) Drs. 17/15030

Teilzeitfalle bekämpfen - Rückkehr zu Vollzeitbeschäftigung ermöglichen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: Ilona Deckwerth Mitberichterstatter: Steffen Vogel

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 60. Sitzung am 2. Februar 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Enthaltung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

14.03.2017 Drucksache 17/16014

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert, Ruth Waldmann, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Müller und Fraktion (SPD)

Drs. 17/15030, 17/15620

Teilzeitfalle bekämpfen – Rückkehr zu Vollzeitbeschäftigung ermöglichen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Protokollauszug 99. Plenum, 14.03.2017

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln

beraten werden (s. Anlage 2)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 3 der Anlage. Dies ist der Antrag

der Abgeordneten Bause, Hartmann, Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN) betreffend "Staatliche Finanzierung der Jugendhilfekosten für unbe-

gleitete junge Flüchtlinge auch nach Erreichen der Volljährigkeit sicherstellen" auf

Drucksache 17/10665. Dieser Antrag soll auf Antrag der Fraktion gesondert beraten

werden. Der Aufruf erfolgt dann am späten Abend.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit

den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstim-

mungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden

ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Abgeordneten. Gibt es Gegen-

stimmen? - Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit über-

nimmt der Landtag diese Voten.

Jetzt gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der

SPD-Fraktion zur Änderung der Verfassung des Freistaats Bayern und des Gesetzes

über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof betreffend die Wahl der berufsrichterli-

chen Mitglieder und des Präsidenten und seiner Vertreter mit Zweidrittelmehrheit auf

Drucksache 17/14537 bekannt. Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 78.

Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 10)

Es bedeuten:	
(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen ode
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD Schatzregal in Bayern endlich einführen! Drs. 17/1461, 17/15418 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD Bekämpfung der Diskriminierung an Hochschulen Drs. 17/5972, 17/15417 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Staatliche Finanzierung der Jugendhilfekosten für unbegleitete junge Flüchtlinge auch nach Erreichen der Volljährigkeit sicherstellen Drs. 17/10665, 17/15619 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schnelles Internet in Bayerns Zügen II: Freies WLAN in allen Regionalzügen Drs. 17/11836, 17/15668 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schnelles Internet in Bayerns Zügen III: Schienenfahrzeuge mit Signalverstärkern ausrüsten Drs. 17/11837, 17/15669 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Konzept für eine adäquate Betreuung von unbegleiteten minderjährigen und jungen volljährigen Flüchtlingen – Finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen berücksichtigen Drs. 17/14133, 17/15568 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Α

7.	Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
	Ja zur Sozialen Marktwirtschaft – Nein zu planwirtschaftlichem Verhalten
	Drs. 17/14191, 17/15670 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A

 Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Eberhard Rotter CSU Einrichtung und Bedienung der Intercity-Linie (IC) Karlsruhe – Nürnberg – Saalfeld – Jena – Leipzig durch die DB Fernverkehr AG ab 2017 Drs. 17/14329, 17/15672 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Tobias Reiß CSU
Zügige Schaffung des neuen Ausbildungsberufs "E-Commerce-Kaufleute" –
Einrichtung von Berufsschulangeboten zu Beginn des Berufsschuljahres
2018/2019

Drs. 17/14346, 17/15791 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU Leitfaden "Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft" aktualisieren – Agrarstrukturelle Belange integrieren Drs. 17/14458, 17/15571 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH		ENTH

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Nachbesserungen bei den vorgesehenen Neuregelungen hinsichtlich der Berufszulassung für gewerbliche Immobilienmakler und Wohnungseigentumsverwalter im Sinne des Verbraucherschutzes dringend erforderlich Drs. 17/14533, 17/15569 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Lärmschutz an der B 20 im Bereich Cham-Janahof Drs. 17/14534, 17/15673 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		ENTH

13.	Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath,
	Erwin Huber u.a. CSU
	Gesundheitsinformationen im Internet – Chancen der Digitalisierung nutzen
	Drs. 17/14602, 17/15784 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		A	Z

 Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Vermehrter Einsatz von Recyclingbaustoffen bei staatlichen Baumaßnahmen Drs. 17/14614, 17/15572 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kinderrechte stärken – Freiheitsbeschränkende Maßnahmen bei behinderten Kindern und Jugendlichen nur mit richterlicher Genehmigung Drs. 17/14662, 17/15785 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

16.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
	Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
	Luftgütemessungen in der Umgebung des Flughafens München
	Drs. 17/14704, 17/15573 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Bernhard Seidenath u.a. CSU Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in Smoothies Drs. 17/14717, 17/15574 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
 Erkenntnisse aus der gemeinsamen Fahndungsaktion gegen Einbrecherbanden Drs. 17/14776, 17/15499 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Rechtssicherheit bei "Internet-Links" gewährleisten Drs. 17/14834, 17/15786 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU Nicht deklarierte Nanopartikel in Lebensmitteln Drs. 17/14840, 17/15575 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

 Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Eberhard Rotter CSU S-Bahn-Haltestellen mit geringem Verkehrsaufkommen trotz Verspätungen nicht auslassen Drs. 17/14862, 17/15674 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
 Teilzeitfalle bekämpfen – Rückkehr zu Vollzeitbeschäftigung ermöglichen!
 Drs. 17/15030, 17/15620 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Unterstützungsleistungen der bayerischen Salafistenszene aus dem Ausland Drs. 17/15128, 17/15676 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Gefahr durch "Reichsbürger" ernst nehmen Drs. 17/15172, 17/15584 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
 Lagebericht sogenannte Reichsbürger oder sogenannte Reichsbürgerbewegung in Bayern Drs. 17/15190, 17/15583 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger u.a. und Fraktion (CSU) Bericht zur sogenannten Reichsbürgerbewegung Drs. 17/15191, 17/15582 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rolle der regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnis in Europa stärken Drs. 17/15200, 17/15686 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD Demokratische Reform der Limbach-Kommission Drs. 17/14774, 17/15124

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Walter Nussel, Eberhard Rotter u.a. CSU Verminderung von Verkehrsunfällen mit Lkw-Beteiligung – Möglichkeiten der Außerbetriebsetzung der in den LKW verbauten Fahrerassistenzsysteme (Abstandswarner/Notbremsassistent) verhindern Drs. 17/14861, 17/15140

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schnelles Internet in Bayerns Zügen I: Volle Netzabdeckung entlang bayerischer Bahnstrecken Drs. 17/11835, 17/15844 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Abweichendes Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ